

Herr Knorz erklärt, dass der Rat im Jahr 2010 den Brandschutzbedarfsplan beschlossen hat, indem ein Zielerreichungsgrad von 80 % (Anteil der zu erreichenden Hilfsfristen) festgelegt wurde. Um dieses Schutzziel erfüllen zu können, war als Bestandteil dieses Plans personelle Verstärkung im Feuerwesen vorgesehen, da die Sicherstellung der erforderlichen Kräfte allein durch die Freiwillige Feuerwehr werktags während der normalen Arbeitszeiten besonders gefährdet war. Die erste Stelle konnte erst am 01.01.2012 besetzt werden; die zweite Stelle ist nach langem Abstimmungsverfahren mit der Aufsichtsbehörde derzeit ausgeschrieben. Das Erreichen des Schutzziels ist in den Jahren 2011 und 2012 nicht gelungen. Im Jahr 2011 gab es 20 relevante Einsätze. Hiervon konnten die 1.Hilfsfrist und die 2.Hilfsfrist jeweils nur zu 30 % erreicht werden. Damit liegt der Zielerreichungsgrad bei 30 %. Im Jahr 2012 (01.01. – 30.09.2012) konnten bei insgesamt 12 Einsätzen, die 1. Hilfsfrist mit 42 % und die 2. Hilfsfrist mit 50 % erreicht werden. Der Zielerreichungsgrad liegt hier somit bei 42 %. Der Brandschutzbedarfsplan sah als Ziel eine Erfüllung von 80 % vor. Dies konnte aus verschiedenen Gründen nicht erfüllt werden. Im Jahr 2011 konnte noch keine personelle Verstärkung stattfinden. Zudem haben in beiden Jahren z.B. teilweise wetterbedingte Schwierigkeiten vorgelegen, die Alarmierung war unklar (z.B. falsche Örtlichkeit) und es gab eine Langzeiterkrankung eines Mitarbeiters. Bei einigen Einsätzen wurden die Hilfsfristen entweder nur um kurze Zeit überschritten oder fehlten nur wenige Funktionen. Festzuhalten ist, dass auch wenn das Schutzziel nicht erreicht wurde doch alle Einsätze so abgearbeitet wurden, dass der Schutz der Bevölkerung gegeben war. Eine Maßnahme zur Verbesserung der Situation ist die zum 01.11.2012 geschaffene Einsatzgruppe mit Stützpunkt im Industriegebiet, für den ein Fahrzeug und zusätzliche Schutzausstattung für die dortigen Feuerwehrleute bereitgestellt wurden. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr, die im Industriegebiet beschäftigt sind, tagsüber schneller einsatzbereit sind. Derzeit liegt der Bezirksregierung ein Antrag der Verwaltung auf Befreiung von der Verpflichtung zur Vorhaltung einer ständig besetzten Feuerwache mit hauptamtlichen Kräften vor. Die Entscheidung über diesen Antrag wird im Frühjahr nächsten Jahres erwartet.

Herr Viebach weist darauf hin, dass der Zielerreichungsgrad im Jahr 2010 bei 54 % lag; in den letzten beiden Jahren ist dieser somit deutlich weniger erreicht worden. Bei der damaligen Vorstellung des Brandschutzbedarfsplans wurde zugesagt, dass sich dies jedoch deutlich verbessern sollte. Der Bezirksregierung sollten diese aktuellen Zahlen zeitnah vorgelegt werden, damit der akute Handlungsbedarf erkannt wird.

Herr Müller bittet um Auskunft, wie die Situation in anderen mit Radevormwald vergleichbaren Städten aussieht.

Herr Knorz erklärt, dass es z.B. in Wipperfürth zwei hauptamtliche Kräfte gibt. Er macht deutlich, dass Radevormwald die einzige Kommune im OBK ist, die bereits seit Jahren ein „Controlling“ betreibt. Daher ist eine richtige Vergleichbarkeit schwer. Zudem weist er darauf hin, dass durch die Langzeiterkrankung eines Mitarbeiters, die zusätzliche Stelle in der allgemeinen Personalsituation nicht wirklich bemerkbar war.

Herr Schäfer betont, dass das Erreichen der Schutzziele im Hinblick auf die Fürsorgepflicht gegenüber dem Bürger einen besonders hohen Stellenwert hat. Die Verwaltung sollte alles in ihrer Macht stehende tun, um dieses Defizit schnellstmöglich zu beheben.

Herr Viebach macht noch einmal deutlich, dass die zusätzlichen Stellen lediglich für den Bereich des Feuerwehrwesens vorgesehen sind und nicht etwa zur Unterstützung des Rettungsdienstes.

Der Bürgermeister stellt klar, dass die Aufgabe des Brandschutzes und die Defizite sehr ernst genommen und die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden.

Herr Müller bittet die Verwaltung, im Sommer nächsten Jahres einen neuen Sachstandsbericht vorzulegen.

Herr Viebach beauftragt die Verwaltung bis zur nächsten Ratssitzung die bisherigen Einsätze aus 2012 aufzulisten und aufzuzeigen, wo sich der neue Mitarbeiter zum Zeitpunkt der Einsätze aufgehalten hat.

Der Bürgermeister sagt zu, dass versucht wird, dies bis bei der nächsten Ratssitzung vorzulegen; falls dies nicht möglich ist, wird die Aufstellung nachgereicht.